



1. DEKLARATION VON KLAGENFURT

Ziel des Kongresses „*get on board*“ war es, einen Überblick über aktuelle Standards und gesellschaftliche sowie politische Entwicklungen in der Europäischen Union herzustellen. Dabei ging es vor allem darum, *Chancen, Nutzen und Risiken der europäischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik für Kärnten und die Bundesländer* in den Themenfeldern *Integration von Menschen mit Behinderung, Jugendliche und soziale Dienstleistungen* zu besprechen und sichtbar zu machen.

Im Vordergrund standen der Austausch und das Lernen aus eigenen aber auch aus den Erfahrungen anderer.

Der Kongress verstand sich überdies als Anreiz zur regionalen und überregionalen Vernetzung.

Ein definiertes Ziel des Kongresses war es, die vorliegende 1. Deklaration von Klagenfurt zu verabschieden.

Folgende Grundhaltungen leiteten uns dabei:

- Wir wollen diese neuen Rahmenbedingungen überblicken, verstehen und uns den daraus resultierenden Anforderungen stellen.
- Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht immer der Mensch und sein Leben in größtmöglicher Selbständigkeit.
- Alle Menschen, vor allem Menschen mit Behinderung, Jugendliche und Arbeitssuchende, haben ein Recht auf die grundlegenden Menschenrechte. Dazu zählen die fundamentalen Freiheiten, die in der Charta der Vereinten Nationen (1948) verkündet wurden. Diese Charta dient vielen weiteren internationalen Deklarationen und Konventionen (zB der Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung, 2006) als Grundlage. Auch in die europäische „Charta der Grundrechte“ wurden sie übernommen und noch weiter ausgebaut.
- Alle unsere Dienstleistungen sollen allen Menschen frei zugänglich sein.
- Wir sind der Überzeugung, dass sich die Rahmenbedingungen für unsere Arbeit auf lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und

globaler Ebene verändern und direkt bzw. indirekt auf das Leben unserer Klientinnen und Klienten Einfluss nehmen.

- Politische Konzepte und Maßnahmen sollen gemeinsam mit unseren Klientinnen und Klienten erarbeitet werden. Sie dürfen nicht beschlossen und eingeführt werden, ohne unsere Klientinnen und Klienten selbst einzubeziehen und sich mit ihnen zu beraten.

ERGEBNISSE DER KONFERENZ

Die mehr als 220 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses „*get on board*“ am 11. und 12. Oktober 2007 in Klagenfurt repräsentiert durch unterschiedliche Akteure, aus den Bereichen „*Behinderung*“, „*Jugendliche*“ und „*Soziale Dienstleistungen*“ wie insbesondere

- Menschen mit physischer Behinderung, mit Sinnesbehinderung und mit intellektueller Behinderung,
 - Jugendliche,
 - Dienstleistungsanbieter,
 - Betreuungs- und Pflegefachkräfte,
 - Behörden,
 - Politiker und Politikerinnen,
 - Universitäten, Fachhochschulen und anderen Bildungseinrichtungen,
 - sowie Experten und Expertinnen aus angrenzenden Fachbereichen
- haben über folgende Themen gesprochen und leiten davon nachstehende Empfehlungen und Forderungen ab.

Zur „Integrationspolitik für Menschen mit Behinderung“

Wir empfehlen:

- Ressourcen für Netzwerkarbeit und Selbstvertretung nach dem Prinzip des Europäischen Behindertenforums „nichts über uns, ohne uns“.
- Einen echten, sozialen, politischen und zivilen Dialog.
- Dass alle sozial- und arbeitsmarktpolitischen Leistungen auf Sinnhaftigkeit, individuelle Bedürfnisse und regionale Gegebenheiten überprüft werden.
- Ein Recht auf Arbeit mit individuellen Arbeitszeitmodellen und ein Recht auf Mindestsicherung bei Leistungsausfall.
- Dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Menschen mit Behinderung verstärkt angeboten und eingesetzt werden.

- alle sozialpolitischen Prinzipien, Rahmenbedingungen und Konzepte auf die Auswirkungen daraufhin hinterfragt werden, wie sie die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben fördern.

Wir haben darüber gesprochen:

- Dass Dienstleistungsangebote in den Bereichen Wohnen und Arbeit dezentral angeboten werden sollen.
- Dass Fördersysteme flexibel aufeinander abgestimmt werden müssen.
- Dass Versorgungssysteme in beide Richtungen durchlässig sein müssen.
- Dass schulische Integration auf allen Ebenen (Pflichtschule, weiterführende Schule, berufsbildende Schule...) eine Voraussetzung für Integration ist.
- Dass sozialpolitische Konzepte für die Integration von Menschen mit Behinderung das gesamte Leben umfassen müssen.
- Dass Inklusion bedeutet, dass es in keiner Phase des Lebens einen Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben geben darf.
- Dass persönliche Budgets eine gute Möglichkeit für gesellschaftliche Teilhabe sind.
- Dass Barrierefreiheit die Voraussetzung für Teilhabe ist, dass aber trotzdem individuell unterstützende Leistungen notwendig sind (GebärdendolmetscherInnen, Hilfsmittel aller Art, geeignete Konzepte, einfache Sprache...).
- Dass Integration ein aktiver Prozess ist und täglich neu hergestellt werden muss.

Zu „Jugendkulturen als Kompetenztraining“

Wir empfehlen:

- Erhöhte öffentliche Förderung für Jugend- und Sozialarbeit um Familien in ihrer Erziehungsarbeit zu unterstützen, um mehr Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten im Arbeitsmarkt zu schaffen und um mehr Bildungsförderung für Benachteiligte zu bewirken.

- In der Jugendarbeit eine breitere Verantwortung in der Öffentlichkeit, höhere finanzielle Zuwendungen, ein ehrliches Angebot zur politischen Einbindung und Offenheit gegenüber der Jugendkulturszene.
- Eine Flexibilisierung der sozialpädagogischen Methoden und eine entsprechende Ausstattung.
- In Wirtschaftsbetrieben bewusstseinsbildende Maßnahmen zur Chancengleichheit für Jugendliche durchzuführen.

Wir haben darüber gesprochen:

- Die Auswirkungen von Beruf und Freizeit auf die Jugendkulturen.
- Dass Jugendkulturszenen ein fruchtbares Feld für Kompetenztraining darstellen.
- Die Bedürfnisse von Jugendlichen ernst zu nehmen, mehr Geduld aufzubringen, nicht zu generalisieren. Wertschätzung und Anerkennung sind wichtige Grundbedürfnisse.
- Dass Jugendorganisationen sich mit Jugendkulturen aktiv auseinander setzen sollen.
- Sich über familiäre Beziehungen insbesondere über Macht, Gewalt, Verständnis, Zeit und Erziehungsstile auszutauschen.

Zu „Sozialdienstleistungen im europäischen Kontext“

Wir empfehlen:

- Auf den starken lokalen Bezug von sozialen und arbeitsmarktpolitischen Leistungen zu achten.
- Dialog immer als Kommunikation zu betrachten, in der Information bereitgestellt und verarbeitet wird. Dialog ist immer ein fairer Austausch zwischen den DienstleistungsnehmerInnen, DienstleistungsanbieterInnen und EntscheidungsträgerInnen.
- Finanzierungsmodelle für einen offenen Dialog und für Vernetzung zu entwickeln.
- Eine erfolgreiche Interessenvertretung auf nationaler und regionaler Ebene mit dem Ziel, eine gemeinsame Stimme der Sozialorganisation zu schaffen.
- Geeignete Kommunikationsstrukturen von Klagenfurt (Regionen) nach Brüssel zu schaffen.

- Für die permanente Verbesserung der Qualität, Verantwortung zu übernehmen.
- Dass soziale Dienstleistungen individuell auf die Bedürfnisse einzelner Personen abgestimmt werden.
- Dass soziale Dienstleistungen für alle Menschen, die sie benötigen, zugänglich sind.

Zu „Europäische Sozial- und Arbeitsmarktpolitik verständlich“

Wir Betroffene fordern:

- Kompetente AnsprechpartnerInnen
- Barrierefreiheit
- Ausbildungsmöglichkeiten und Weiterbildung
- Bezahlung- Lohn (kein Taschengeld!!)
- Bessere Wohnmöglichkeiten
- Beachtung der Individualität
- Sexualität leben dürfen
- Keine Verspottung, kein Auslachen wegen der Behinderung
- Einfache Information
- Geringeres Tempo
- Lob, Anerkennung und Respekt von der Gesellschaft
- Gute, echte Integration
- Mehr Erholungs- und Freizeitangebote
- Teilnahme und Mitarbeit im Vereinsleben und in ehrenamtlichen Tätigkeitsbereichen
- Mehr Privatsphäre
- Meinungen äußern können und dürfen, Stellung nehmen zu können und auch gehört zu werden
- AssistentInnen selbst aussuchen zu können
- Arbeit und Wohnen soll getrennt werden
- Dienstleistungen sollen von unterschiedlichen Trägern angeboten werden – Wahlmöglichkeit soll gegeben sein
- Respektvollen und altersgemäßen Umgang
- Sensibilisierungsarbeit

- Mehr Mobilität – auch in der Freizeit
- Gleicher Gehalt für Männer und Frauen
- Barrierefreie Sportangebote
- Klubräumlichkeiten
- Selbstbestimmung, keine Zwangsbeglückung
- Eigene Wohnungen
- Dass uns Selbständigkeit zugetraut wird
- Wahlmöglichkeit beim Wohnangebot zwischen Stadt und Land, sowie Wohnen im eigenen Ort
- Akzeptanz, dass man zu Hause wohnen bleiben kann

EPILOG

Grundsätzlich enthält die 1. Deklaration von Klagenfurt Leitgedanken und Positionen. Es handelt sich dabei um eine Willens- und Absichterklärung der mehr als 220 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses „*get on board*“ am 11. und 12. Oktober 2007 in Klagenfurt.

Als InitiatorInnen der Deklaration wünschen wir uns, dass diese 1. Deklaration von Klagenfurt als Richtmass für eine Weiterentwicklung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in Kärnten nach Standards der Europäischen Sozialpolitik dient und als allgemeine Orientierungshilfe in Bezug auf zukünftige Herausforderungen ihre Gültigkeit hat.

Wir als InitiatorInnen werden diese 1. Deklaration von Klagenfurt als Leitfaden für unsere künftige Entwicklung aufgreifen und sie dadurch beleben. Wir werden sie verbreiten und laden, gemäß dem Titel des Kongresses „*get on board*“, zu Zusammenarbeit und Vernetzung ein.



autArK- Integrationsfachdienst, Rudolfsbahngürtel 2, 9020 Klagenfurt
 Tel.: 0463/59 72 63, Fax: 0463/59 72 63-63, e.mail: office@autark.co.at
 home: www.autark.co.at



JaW Kärnten, Morogasse 20, 9020 Klagenfurt
 Tel.: 0463/32 5 76, Fax: 0463/32576-4, e.mail: kaernten@jaw-kaernten.at
 home: www.jaw-kaernten.at

Klagenfurt, 12. Oktober 2007